

POSITIONSPAPIER

TRANSFORMATION. KLIMA. GERECHTIGKEIT.

Beschluss im DGB-Bundesjugendausschuss
25.02.2021

Krise als Krise begreifen

So wie es ist, wird und kann es nicht bleiben. Die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur als Grundlage unseres Wirtschaftssystems hat ausgedient. Der Mensch und seine Umwelt gehören in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns. Dies zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir als Gewerkschaftsjugend müssen in den Betrieben und in der Politik gemeinsam mit anderen für die notwendige Wende sorgen. Junge Arbeitnehmer_innen gehören zu den Gruppen, die am heftigsten von den Folgen der aktuellen Wirtschaftsweise betroffen sind und es auch am längsten sein werden. Bereits bestehende prekäre Beschäftigungsverhältnisse, der Klimawandel und eine immer stärker werdende Ungerechtigkeit national wie international betreffen jungen Menschen weltweit.

Wir alle müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir in Zukunft leben wollen und was wir brauchen, um unser aller Lebensgrundlage zu erhalten, Ressourcen für alle zugänglich zu machen und fair zu verteilen. Eines ist überdeutlich: Die kapitalistische Wachstumslogik, steigender Konsum und unser, auf der Ausbeutung von Natur, Tier und anderen Menschen basierender, Reichtum schadet uns und unserer Umwelt. Die Klimakrise ist auch eine soziale Gerechtigkeitskrise.

Der Klimawandel wird alle Bereiche des Lebens beeinflussen – um ihn einzudämmen, brauchen wir deshalb eine globale sozial-ökologische Transformation mit einem ganzheitlichen Konzept. **Es braucht einen gerechten Wandel**, der Aspekte von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit gemeinsam denkt. Durch umfassende und globale Transformationsprozesse wollen wir diesen Wandel herbeiführen. Damit loslegen wollen wir **jetzt**, nicht erst in der fernen Zukunft! Eine Stärkung der Mitbestimmung und Demokratie in den Betrieben, umfassende privaten wie staatlichen Investitionen in vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen und Branchen sowie der besondere Fokus auf Bildung und Qualifikation sind Schlüsselemente eines erfolgreichen und gerechten Wandels.

Die für diesen umfassenden Wandel notwendigen Investitionen müssen gerecht verteilt werden. Denn Transformationsprozesse sind für uns auch Verteilungsfragen. Vor allem diejenigen, die besonders von den derzeitigen Verhältnissen profitieren konnten und können, sollen dabei finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Wir fordern:

- Die Stärkung der gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht und der betrieblichen Mitbestimmung durch Ausbau des Anhörungs- und Initiativrechts von Betriebs- und Personalräten sowie Einrichtung von Transformationsausschüssen in den Betrieben. Hierfür müssen das Betriebsverfassungsgesetz sowie die Personalvertretungsgesetze von Bund und allen Ländern den rechtlichen Rahmen schaffen.
- Eine Umstellung der globalen Wachstumsökonomie hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit nachhaltigen Produktionswegen, Arbeitsabläufen und Lieferketten. Die hierfür notwendigen gesetzlichen Mindeststandards und Lieferkettengesetze werden durch Gewerkschaften eingefordert und mitgestaltet.

- Umfassende staatliche Investitionen in die vom notwendigen Wandel besonders betroffenen Regionen und Branchen. Dabei geht es nicht darum, Arbeitsplätze “nur” zu erhalten, sondern konkrete Perspektiven und verbindliche Pläne mit Beteiligung der Sozialpartner_innen zu schaffen. Mit einem Bundesweiterbildungsgesetz kann dem Transformationsprozess durch notwendige, strukturelle Fort- und Weiterbildungsansprüche erfolgreich begegnet werden.
- Verbindlichkeit in der Schaffung guter Arbeitsbedingungen in subventionierten und neu entstehenden Branchen.
- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat höchste Priorität. Dabei müssen zwingend Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung gesichert werden. Bei öffentlichen Ausschreibungen muss beispielsweise eine Tarifbindung ein zwingendes Kriterium darstellen.
- Umverteilung im Zuge des sozialökologischen Wandels durch höhere Spitzensteuersätze und Besteuerung derer, die am meisten von bisher bestehenden Verhältnissen profitierten.
- Einen internationalen Blick bei der Gestaltung des Wandels mit einem einheitlichen Durchsetzungssystem zu Klima und sozialen Fragestellungen mit Sanktionsmöglichkeiten von Bremser_innen
- Ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Auszubildenden als einen Schritt auf dem Weg zu einer klimagerechten Zukunft

Die umfassende Reduktion der Treibhausgase betrifft alle

Um den Ausstoß von menschengemachten Treibhausgasen, insbesondere CO₂, zu reduzieren, braucht es mehr als nur eine Stromwende. Wir wollen unsere selbstgesetzten Klimaziele erreichen und die Beschäftigten der betroffenen Branchen in diesem Prozess mitnehmen.

Unsere Forderungen hierbei:

Bildung und Qualifikation

Um die Menschen in diesen Transformationsprozessen einzubinden und mitzunehmen, müssen Klimawandel und die notwendigen sozial-ökologischen Transformationsprozesse in der Breite der Gesellschaft mitgetragen werden. Bildung kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu.

Schulen: Fragen rund um nachhaltige Ökonomie und Ökologie müssen in der allgemeinbildenden wie auch der berufsbildenden Schule aufgeworfen und diskutiert werden, um eine frühzeitige Sensibilisierung zu ermöglichen. Themen wie „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ dürfen nicht nur integrierter Bestandteil der Curricula im Geographie- oder Biologie-Unterricht sein, sondern es bedarf einer strukturellen Neuplanung der Schulcurricula. Um der Komplexität und Breite des Themenfeldes zu

entsprechen, sollte ein fächerübergreifender Prozess angeregt werden. Ziel jeglicher politischer Bildung und damit auch dieser ist, dass junge Menschen die Kompetenzen erlangen, die nötig sind, um politische, technische und soziale Entscheidungen in ihren Folgen und Verschränkungen einschätzen zu können. Dafür ist es auch in der berufsbildenden Schule nötig, die Stundentafel entsprechend zu erhöhen und einschlägig qualifizierte Lehrkräfte für politische Bildung einzustellen.

Hochschulen: Mit Blick auf das Hochschulstudium fordern wir die Auseinandersetzung mit dem Thema „Klimagerechtigkeit und Transformation“ in allen Studienbereichen. Ob man nun Germanistik studiert und später in die journalistische Arbeit geht, oder Ingenieurwesen studiert und später Autos entwickelt: Überall sollen sich Studierende mit den Folgen von Arbeits- und Industrieprozessen auseinandersetzen. Zudem fordern wir, die in Studienordnungen meist bestehenden Ergänzungsbereiche, Optionalbereiche, Studium Generale, Studium Universale etc. zu nutzen, um interdisziplinäre Angebote zu den Themen „Klimagerechtigkeit und Transformation“ anzubieten.

Aus- und Weiterbildung: Die Nachhaltigkeit in der Berufsausbildung bedeutet auch, neu entstehende Ausbildungsberufe so anzulegen, dass junge Menschen möglichst umfassend qualifiziert werden. Durch die Transformation neu entstehende Ausbildungsberufe müssen daher vollwertig sein, das bedingt auch eine Ausbildungsdauer von 3-3,5 Jahren. Dies gilt auch für die Neuordnung von Ausbildungsberufen. Fachliche Qualifikation in den Betrieben muss deutlich gestärkt werden – neue Berufsqualifikationen müssen möglicherweise erworben werden, um zukünftige Anforderungen zu erfüllen. Auch bei der Entwicklung solcher Umschulungen, Weiterbildungen und Transformationsprogramme braucht es umfassende Einbindung der betrieblichen Mitbestimmungsgremien und gewerkschaftlicher Akteur_innen. Wir benötigen mehr Bildungsfreistellung und mehr Bildungsprogramme in den Betrieben.

Innergewerkschaftliche Bildungsarbeit: Wir wollen mehr Seminarangebote für die Kolleg_innen in den Betrieben und in den Betriebsräten schaffen: Die Folgen des Klimawandels, mögliche neue Technologien, Qualifikationsmöglichkeiten und unsere sozialökologischen Forderungen müssen auch in unseren Strukturen ankommen – wir müssen unsere Kolleg_innen in diesen Bereichen weiterqualifizieren. Eine Seminarreihe Nachhaltigkeit soll an verschiedenen Wochenenden neben Schwerpunkten wie beispielsweise „Nachhaltigkeit im Alltag und Gesundheit“ auch kritische Reflexionen unseres Gewerkschaftsalltags beleuchten – wir brauchen neue Konzepte!

Je mehr Menschen von uns sich mit den theoretischen Grundlagen und Hintergründen beschäftigt haben und auch fundierte Ideen zu Alternativen aufzeigen können, desto erfolgreicher können wir unsere Ideen vom „guten Leben für Alle“ vertreten und auf Augenhöhe in den Dialog mit unseren Kolleg_innen außerhalb der Jugend gehen.

Wir fordern:

- Fokus auf vollqualifizierende Ausbildung bei der Neuordnung und Neuentstehen von Ausbildungsberufen
- Transformation stärker und präziser in den Ausbildungsrahmenplänen zu verankern und in die beruflichen Tätigkeiten, Arbeitsprozesse und Verfahren von verschiedenen Berufen integrieren

- Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Sensibilisierung für Klimagerechtigkeit und Transformation bei Schulreformen, am besten eine feste Verankerung in den Curricula
- Förderung von außerschulischen und Weiterbildungsangeboten
- Gesetzlich geforderte Neustrukturierung aller Studienordnungen inkl. der Hinzufügung des Moduls „Klimagerechtigkeit und Transformation“ insbesondere bei meist bestehenden Ergänzungsbereichen, Optionalbereichen, Studium Generale, Studium Universale, etc.
- Ausbau der Initiativrechte von Betriebs- und Personalräten
- Ein stärkerer Fokus auf die Aufgaben nach §80 Abs. 1 Nr. 9 BetrVG in unseren Seminarangeboten für Betriebsräte und JAVen
- Eine Seminarreihe Transformation für die innergewerkschaftliche Weiterbildung
- Mehr Bildungsfreistellung (bundesweite Regelung) in den Betrieben
- Mehr Mitsprache bei inner- und außerbetrieblichen Qualifikationsmaßnahmen durch betriebliche Mitbestimmungsorgane

Mobilität

Eine Wende wird auch im Nahverkehr benötigt – die Bedürfnisse der Bevölkerung auf Teilhabe am Schienenverkehr müssen über dem wirtschaftlichen Interesse stehen.

Der öffentliche Verkehr muss deutlich attraktiver und preiswerter, bis hin zu kostenlosen Angeboten, als der Individualverkehr ermöglicht werden. Stillgelegte Strecken und Haltepunkte im Bahnnetz müssen - wenn sinnvoll - reaktiviert werden. Das Baurecht soll angepasst werden, um eine schnellere Umsetzung des Trassen- & Netzaufbaus zu beschleunigen.

Das komplette Verkehrssystem muss neu überdacht werden. Hier fordern wir neue integrierte Verkehrskonzepte, die den ökologischen Herausforderung Rechnung tragen und allen am Straßenverkehr beteiligten Gruppen gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Wo möglich soll der ÖPNV gegenüber dem Automobilverkehr gestärkt werden. Dementsprechend fordern wir - wie in einigen Städten schon vorhanden - eine autofreie Innenstadt.

Im Luftverkehr braucht es eine Reduktion von Privat-, Billig- und Inlands- wie Langstreckenflügen, die insgesamt und auf den einzelnen Fluggast betrachtet einen massiven Teil zur Treibhausgasemissionen und damit zum Klimawandel beitragen

Mobilität ist aus Sicht der Gewerkschaftsjugend ein nicht wegzudenkendes Grundrecht und soll somit allen Menschen uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund fordern wir, dass der gesamte ÖPNV durch die öffentliche Hand organisiert wird.

Wir fordern:

- Mobilität als Grundrecht, verstaatlichte ÖPNV-Betriebe
- Reaktivierung stillgelegter Strecken und Haltepunkte

- Gesellschaftliche Bedürfnisse vor wirtschaftlichen Interessen in der Bepreisung von Tickets
- Neupriorisierung hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller Straßenverkehrsteilnehmer_innen in der Gestaltung des innenstädtischen Verkehrs, insbesondere durch die Stärkung des ÖPNVs/SPNVs sowie den Ausbau der Schiene für den Fernverkehr
- Alternativtreibstoffe (z. B. Wasserstoff, E-Fuel) fördern und (weiter-) entwickeln, sowie weniger Verschrottung von Autos und CO2-Reduktion

Energiepolitik

Energiepolitik ist nicht nur ein Thema für Industriegewerkschaften – wir sprechen hier mit einer Stimme. Die energieintensiven Branchen im Organisationsbereich der DGB-Gewerkschaften werden immer auf sichere Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen sein. Eine gute Energiepolitik ist auch eine gute Gebäude-, Wirtschafts- und Mobilitätspolitik.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Speichertechnologien muss entschlossen vorangetrieben werden. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist unser Ziel. Dies erhöht den Energiebedarf zusätzlich und muss daher berücksichtigt werden.

Wir wollen Veränderung im Bereich der Energiepolitik nicht als Prozess begreifen, der nur an kleinen Schrauben dreht. Dafür braucht es Forschung und Innovationen. Diese notwendige Innovation kann nur dann gelingen, wenn sie nicht der Marktlogik folgt. Wir zählen dabei auf Mitbestimmung und unsere Gestaltungsmacht im Betrieb, aber auch auf einen aktiven Staat. Nicht jede Innovation, die wir im Bereich der Energiepolitik brauchen, wird für Private Gewinn abwerfen. Wir sehen, dass deshalb viele Innovationen gar nicht stattfinden, die energiepolitisch notwendig sind. Wir wollen unsere Zukunft nicht von den Profitinteressen Privater abhängig machen. Deshalb wollen wir einen handelnden, aktiven Staat, der für energiepolitische Innovationen Verantwortung übernimmt und dafür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt.

Versorgungssicherheit und Netzstabilität müssen über die gesamte Energiewende für alle Stromkunden gewährleistet bleiben. Die Strompreise müssen für Privatkunden bezahlbar sein, Transferleistungen dementsprechend angepasst werden. Stromintensive Branchen brauchen einen Preis für Strom – zunehmend aus erneuerbaren Energien – mit dem sie global wettbewerbsfähig bleiben können.

Wir fordern:

- Ausbau erneuerbarer Energien muss weiter entschlossen vorangetrieben werden
- Investition in Forschung und Innovation von Energiegewinnung und Energiespeicherung
- Den schnellstmöglichen Aufbau einer klimaneutralen Wasserstoffindustrie, um von der Vision ins konkrete Handeln zu kommen

Industriepolitik

Der Ressourcenverbrauch muss eingeschränkt und die Wiederverwertung ausgebaut werden – in allen Branchen. Die damit verbundenen Investitionskosten sind sehr hoch; betriebswirtschaftlich lohnt sich die Umstellung zu dekarbonisierten Verfahren oft noch nicht. Deshalb braucht es stärkere staatliche Förderung. Dabei kann die Transformation der deutschen Industrie nur erfolgreich sein, wenn sie global gedacht und ausgerichtet ist. Dabei dürfen nicht nur marktwirtschaftliche Instrumente herangezogen werden, gefragt ist eine aktive politische Gestaltung, die gleichrangig Klima- und Beschäftigtenziele verfolgt.

Da ganze Regionen auf industrielle Verarbeitung fossiler Rohstoffe ausgerichtet sind – aber nicht nur die Industrie von einem Ausstieg betroffen wäre, sondern viele weitere Arbeitsplätze in diesen Regionen – braucht es umfassende Konzepte mit staatlichen Subventionen, um den Strukturwandel, die Dekarbonisierung und Transformation umzusetzen.

Diese Transformationen sollen durch Fonds ermöglicht werden, deren Finanzierung durch eine angepasste Kapitalertragssteuer finanziert werden könnte. Das Hauptaugenmerk sollte hierbei auf die Beschäftigten direkt, weniger auf den Erhalt von Betrieben oder gar Ausbezahlung von Aktionär_innen, gelegt werden. Umschulungen und (Weiter-)Bildungen inklusive der Unterstützung mit Übergangsfinanzierung für Beschäftigte bei Erhalt guter Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sollen Fokus staatlicher Strukturinvestments sein. An der Finanzierung der Übergänge müssen jedoch auch die Unternehmen beteiligt werden.

Endliche Ressourcen bestimmen unsere Welt – auch die Menge ausgestoßener Treibhausgase ist begrenzt, ehe irreversible Schäden auftreten. Wir wollen deshalb ein europa- und deutschlandweit **besser kontrolliertes Emissionsbudget und wirkungsvollere Regulierungsmaßnahmen**. Ein dementsprechend beschleunigter Aufbau treibhausgasneutraler Alternativen ist die Voraussetzung.

Wir fordern:

- Die größtmögliche Beschleunigung des Aufbaus treibhausgasneutraler Produktion. Das Neue muss kommen, bevor das Alte geht
- Staatliche Förderungen bei der Umstellung auf dekarbonisierte Prozesse
- Europäische Lösungen und Modelle für eine nachhaltige Industriepolitik
- Transformationsfonds für besonders vom Wandel betroffene Regionen mit besonderem Fokus auf Strukturwandel, Weiter- und Anschlussqualifikationen und Beschäftigungssicherung von Arbeitnehmer_innen
- Förderung nur von tarifgebundenen und mitbestimmten Unternehmen
- Europaweites und effektives Emissionsbudget

Solidarität und Gerechtigkeit

Die Klimafrage ist keine nationale Frage: Wir brauchen Zusammenarbeit und globale Solidarität. Die Folgeschäden der Krise werden vor allem Arme stärker treffen – in der bisherigen, nicht-nachhaltigen Produktion sind sie bereits die am meisten Geschädigten.

Statt nur individueller Verantwortung der Konsumierenden verlangen wir vor allem eine stärkere Verantwortung der Hersteller_innen. Mindeststandards und Lieferkettenkontrollen müssen sicherstellen, dass Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Kontrolliert werden soll dies auch, aber nicht nur, von den Mitbestimmungsgremien in den Betrieben. Wir fordern strengere Gesetze und Kontrollen, welche effektiv Steuerflucht und Steuervermeidung verhindern und damit zutiefst unsolidarisches Handeln stoppen.

Egal ob auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene: Wir setzen uns dafür, dass die gesellschaftlichen Kosten der Transformation gerecht verteilt werden. Maßnahmen, die diejenigen stärker betreffen, die mehr haben, als solche, die alle Personen einheitlich belasten, sind dabei zu bevorzugen.

Die bis dato geltende Wachstumslogik und ihre Auswirkungen führen bereits jetzt zu Konflikt und Verelendung, insbesondere in den ärmeren Regionen der Welt. Im Sinne der gewerkschaftlichen internationalen Solidarität zielen unsere Forderungen auch auf eine Verbesserung der Situation der Menschen dort ab. Wir fordern deshalb, dass Auswirkungen der Klimakrise als Fluchtursache in der Migrations- und Asylpolitik in Deutschland und Europa anerkannt werden.

Die Klimakrise darf nicht weiter die soziale Krise verschärfen. Dabei sind besonders Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Verhältnissen von der Klimakrise betroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Produktion der nachhaltigen Baustoffe gefördert wird. Zusätzlich soll vor allem sozialer-ökologischer Wohnungsbau gefördert und gefordert werden. Dies beginnt bei der energetischen Gebäudesanierung mit nachhaltigen Baustoffen und endet bei der Begrenzung des Baus von Luxus-Wohnungen.

Wir fordern:

- Umwelt- und Sozialstandards, welche mit einem effektiven Lieferkettengesetz abgesichert werden und deren Verletzung hart sanktioniert wird
- Anerkennung der Auswirkungen der Klimakrise als Fluchtursache
- Förderung von sozial-ökologischem Wohnungsbau und Sanierungsmöglichkeiten